

Helga Faßbinder

## Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative

Der vorliegende Aufsatz ist im Zusammenhang der Diskussion über Einzelprobleme sozialstaatlicher Intervention entstanden, deren erstes Ergebnis die einleitende Arbeit von Wolfgang Müller und Christel Neusüß "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" ist. Die dort allgemein entwickelte Kritik wird hier an einem Punkt ins einzelne verfolgt: der Offeschen These von den "horizontalen Disparitäten". (1).

Diese These soll hier kritisiert werden als Beispiel für an den Erscheinungsformen gesellschaftlicher Benachteiligung orientierte Konzeptionen der schrittweisen und arbeitsteiligen Beseitigung "sozialer Mißstände", wie sie etwa von den Jungsozialisten vertreten werden und in der Stadtteilarbeit vieler linker Gruppen ihren Ausdruck finden. (2) Direkt auf die Disparitätenthese beziehen sich besonders Gruppen, die von der beruflichen Aufgabe her einer sozial engagierten Praxis verpflichtet sind und die gerade in der Begrifflichkeit der Disparitätenthese eine theoretische Überhöhung ihrer eigenen Praxis finden können, wie Sozialarbeiter, Architekten, Stadtplaner, Pädagogen, Psychologen etc. Sie können darüberhinaus die von Offe angegebenen praktischen Schlußfolgerungen aus jener These als konkrete Handlungsanweisung verstehen: Der "professionalisierten Intelligenz" wird eine exponierte Bedeutung zugemessen als Initialzündung für sich außerhalb des traditionellen Institutionensystems bildende "Basisgruppen" disparitär benachteiligter Bürger, die als Motor einer "revolutionären Transformation" interpretiert werden.

Nachdem seit geraumer Zeit diverse Gruppen eine derartige Konzeption praktisch erproben, ist es notwendig, exemplarische Erfahrungen dieser Versuche den theoretischen Konstruktionen der Disparitätenthese gegenüberzustellen und damit die bei Müller und Neusüß entwickelte Kritik empirisch zu belegen.

Rekapitulieren wir zunächst die Grundthesen der Disparitätentheorie: Ausgangspunkt von Offes Analyse ist die These, daß den staatlich regulierten Spätkapitalismus drei fundamentale Systemprobleme beherrschen, deren Bewältigung sich für das staatliche Handeln zum "interessenunspezifischen, 'sachgesetzlichen' Imperativ" verselbständigt: ökonomische Stabilität, außerwirtschaftliche und militärpolitische Beziehungen und die Sicherung der Massenloyalität (3). Daraus schließt Offe einmal auf eine "Lockerung der Beziehung zwischen Arbeitsleistung und Einkommen", da das Einkommen zunehmend politischen Regulationen unterworfen werde und die Form "angemessener Entschädigung" anzunehmen tendiere; zum andern lasse sich eine "Lockerung der Beziehung zwischen Einkommen und Le-

benschancen" feststellen. Denn die Beschränkung staatlichen Handelns auf ein umsichtiges crisis management der langfristigen Vermeidungsstrategie erzeuge ein "konzentrisches Prioritätenschema staatlichen Eingreifens von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Problembereichen, in dem diese umso näher beim Zentrum der höchsten Dringlichkeitsstufe stehen, je mehr die Verletzung entsprechender Ansprüche ökonomische Stabilitätsvoraussetzungen infrage stellen würde" (4). An der Peripherie lägen diejenigen gesellschaftlichen Bedürfnisse, die ihre Berücksichtigung nicht durch Konfliktdrohung erzwingen könnten; dagegen besäßen diejenigen Interessengruppen und Problembereiche eine strukturelle Privilegierung, die eine funktionale Unentbehrlichkeit vorweisen könnten. Somit sei der Pauperismus des 19. Jahrhunderts abgelöst durch den Pauperismus der depressed areas in der Unterversorgung der alle Bürger betreffenden Bereiche wie Bildung, Verkehr, Wohnung, Gesundheit; die gleiche Benachteiligung gelte aber auch für "biographische Marginalsituationen" wie Vorschule, Alter, Arbeitslosigkeit, Geisteskrankheit, Kriminalität und für "gesellschaftliche Ausnahmesituationen ethnischer Minderheiten, zukunftsloser Wirtschaftszweige, der Slums und der strukturellen Armutsgebiete". (5)

Die gesellschaftliche Benachteiligung betrifft danach also einmal "Situationsgruppen", denen jeder Bürger mit Teilen seiner Existenz angehört, zum anderen "Randgruppen", die aus dem Produktionsprozeß Herausgefallene umfassen. Beiden gemeinsam sei die Unterdrückung bestimmter Bedürfnisse, deren besonderer Charakter darin liege, daß sie "nicht an die herkömmliche Dimension der Tausch- und Leistungsgerechtigkeit und traditionalistischer Statusansprüche gebunden sind" (6). Deshalb könnten sie "neue Formen der sozialen Interaktion und neue Formen der Bedürfnisbefriedigung, kurz: historischen Fortschritt herbeiführen", wenn es gelänge, sie in Institutionen solidarischer Willensbildung zum Ausdruck kommen zu lassen.

In den "Situationsgruppen" glaubt Offe also, ein neues "gesellschaftliches Subjekt historischen Wandels" gefunden zu haben. Die systemumwälzenden Perspektiven von deren Mobilisierung theoretisch plausibel zu machen, bereitet ihm allerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Es bedürfe dazu neuer Aktions- und Organisationsformen, deren Erfolg davon abhinge, ob es gelänge, der kollektiven Deprivation der Wirklichkeit eine anschauliche andere Möglichkeit gegenüberzustellen. Dazu müsse die professionalisierte Intelligenz initiiierende Funktionen übernehmen: "Das Personal der zurückbleibenden Institutionen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Stadtplanung und der Architektur und einiger weiterer Bereiche in Technologie, Administration, Planung und Forschung ist zumindest von seinen spezialisierten Berufskenntnissen her in der Lage, den Konflikt zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit für sich und andere zu konkretisieren und so in einem politischen Bezugsrahmen systemtranszendierende Bedürfnisinterpretationen anzubieten, die freilich nur auf der Basis neuer politischer Organisationsformen außerhalb des politischen Systems folgenreich werden könnten" (7). Auf diese Weise könnte die fast unüberwindliche Starrheit des

politischen Institutionensystems in einem Demokratisierungsprozeß von unten, durch organisierte Bedürfnisartikulation in den peripheren Bereichen in Bewegung gebracht und durch die Konfliktdrohung das "Zentrum" zum ausgleichenden Eingreifen gezwungen werden.

## DIE KONKRETISIERUNG DER DISPARITÄTENTHESE FÜR DIE STADTPLANER

Wie man sich den "gesellschaftlichen Wandel" durch die Mobilisierung von Situationsgruppen vorzustellen hat, hat Offe in einem Vortrag bei einem Kolloquium des Münchener Instituts für Städtebau und Landesplanung (8) für die Berufspraxis von Architekten, Stadt- und Regionalplanern konkretisiert. Diese Ausführungen, die über die Planungsdisziplinen hinaus wenig bekannt geworden sind, verdienen deshalb besonderes Interesse, weil Offe hier aus der Diskussion technokratischer Entscheidungsmodelle als praktisch-politische Konsequenz der Disparitätentheese eine Konzeption planungsbezogener politischer Basisorganisationen entwickelte.

Ausgehend von der Frage nach der Möglichkeit, die Bedingungen zukünftigen Lebens mit den Bedürfnissen in Einklang zu bringen, werden die Bereiche des Bildungs- und Gesundheitswesens und der Stadtplanung begriffen als solche, in denen wegen ihrer relativen Ferne von den zentralen Bereichen Wirtschaft, Militär und Politik die Entscheidungen sich in einem gewissen Spielraum bewegen könnten, weil auf ihnen nicht der unmittelbare Druck der Systemerhaltung lastet. Dieser Spielraum könne erweitert und für eine bedürfnisgerechtere Planung genutzt werden durch die Mobilisierung der Betroffenen, die innerhalb von Organisationen - außerhalb des etablierten Institutionensystems - sich ihrer Bedürfnisse in einem kollektiven Willensbildungsprozeß bewußt werden und sie artikulieren sollten. Denn die in diesen peripheren Bereichen auftretenden Sachzwänge wie die institutionellen (genannt werden Verwaltungsstruktur, Finanzierungsmöglichkeiten, Eigentumsordnung, sowie das Fehlen von zentralen Planungsinstitutionen), die Zwänge der knappen Zeit und die der knappen Mittel sind nach Offe nur die "Folge eines institutionellen Defekts, denn Sachzwang herrscht dort, wo die Institutionen der Öffentlichkeit vertrocknet sind, bzw. wo es nicht gelungen ist, sie durch neue politische Institutionen zu ersetzen" (9). Eine von der Basis her wiederbelebte Öffentlichkeit aber könne die dem Entscheidungsspielraum durch "Sachgesetzlichkeit" gezogene Grenze immer wieder hinausschieben. "Diese Grenze bildet eine Barriere, die prinzipiell auflösbar, nur jeweils noch nicht aufgelöst ist" (10).

Eine nur am Sachzwang orientierte technokratische Reformpolitik kritisierte Offe als unzureichend: Es bedürfe in Bereichen wie Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungsbaupolitik zur Lösung der Probleme "der aufgeklärten Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung". Die traditionellen Mittel, materielle Anreize und Bestrafungen, reichten nicht aus, "auf einem relativ hohen Niveau der ökonomischen Prosperität und im Rahmen gesicherter Grundrechte ... komplementäres Verhalten zu erzeugen".

Solche aufgeklärte Kooperationsbereitschaft, mit deren Entstehen überkommene Verhaltensmuster und Gesellschaftsbilder jedenfalls zum Teil verflüssigt würden, gedeihe aber prinzipiell nur unter Bedingungen, die den Bürgern die freie Artikulation ihrer Bedürfnisse und die entsprechenden politischen Handlungsspielräume zur Verfügung stellen.

An dieser Kritik der technokratischen Reformpolitik wird Offes Vorstellung von dem Verlauf der gesellschaftlichen Umwälzung deutlich: Das angebotene organisatorische Konzept der "Situationsgruppen" dient zunächst dazu, technokratische Reformpolitik um jene aufklärerische Komponente zu bereichern, die es ihr erst ermöglicht, aus dem Dilemma ihrer eigenen Sabotage herauszukommen, denn "das apathische Bewußtsein entpolitisierter Verwaltungsobjekte, das von technokratischen Entscheidungsstrukturen produziert wird, ist zugleich deren gravierendes Funktionshindernis". (11) Die außerhalb der Institutionen organisierten Gruppen sollen also zunächst den reibungsloseren Ablauf notwendiger struktureller Veränderungen gewährleisten. Der Entscheidungsspielraum, der diesen Gruppen explizit gemacht werden muß, um ihr "Mitmachen" anzuregen, führt dann aber "mit erfreulicher Folgerichtigkeit" darüberhinaus, wie Offe meint, denn die "Nutzung zugestandener oder erkämpfter politischer Handlungsspielräume an der Basis (tendiert) dahin, die beiden Systemprämissen -politische Repräsentation und privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidung- zu stören oder zu zerstören". (12)

Auf dem Hintergrund dieser vagen Einschätzung einer möglichen gesellschaftlichen Veränderung kritisiert Offe verschiedene Vorschläge und praktizierte Versuche von Stadtplanern, die Bedürfnisse von Planungsbetroffenen in den Planungsprozeß einzubeziehen, die er in einer Folge von vier Stufen darstellt, worin jede Stufe die Schwierigkeiten der vorangegangenen überwunden habe.

Die ersten beiden Stufen behandeln die Ergänzung der Arbeit der Planer zunächst durch interdisziplinäre Kooperation (Stufe 1), dann durch empirisch-soziologische Methoden der Befragung (Stufe 2). Hier formuliert Offe als grundlegenden Einwand: "Es gehört zum Merkmal gesellschaftlicher Bedürfnisse und Interessen, daß sie nicht vom isolierten Individuum, das isoliert von konkreten Lebenssituationen befragt wird, angegeben werden können, sondern daß sie nur in einer kollektiven Kommunikation, und zwar in unmittelbarer Nähe zu den Situationen, über die diskutiert wird, aufzudecken sind". (13)

Als dritte Stufe wird ein Modell genannt, das die Schwierigkeiten einer sich auf das herkömmliche Methodenarsenal gesellschafts- und planungswissenschaftlicher Disziplinen beschränkenden Vorgehensweise berücksichtigt: die schon klassische Anwaltsplanung, wie sie Paul Davidoff beschrieben hat (14), der, ausgehend von einem pluralistischen Demokratieverständnis, auch die Teilnahme von bisher noch nicht ins etablierte System von Interessenvertretung einbezogenen Gruppen am Planungsprozeß erwirken will. Um den Gefahren eines der Öffentlichkeit entzogenen bürokratischen Managements zu begegnen, schlägt Davidoff vor, den Widerstreit von Interessen öffentlich auszutragen, indem jede Interessengruppe unter Mitwirkung eines Anwaltsplaners einen von ihr mit Nachdruck zu vertretenden Entwicklungsplan für die Kommune aufstellt. Als Anwalt habe der Spezialist die Sprache der Planung transparent zu machen auf die in einzelnen Plänen zur Geltung kommenden Interessen, - nicht denunziatorisch, sondern Fakten und Gründe abwägend, die für die einzelnen Vorschläge sprechen und andere weniger wünschenswert machen.

Diese Konzeption bezichtigt Offe "offensichtlicher Naivität", da nicht angenommen werden könne, daß sich die Planungsbehörde in der Rolle eines neutralen Richters befinde, der ohne Eigeninteresse die kontroversen Vorschläge abwägt und Lösungen findet, noch könne davon ausgegangen werden, daß alle beteiligten Interessengruppen so weit organisiert seien daß sie die Gemeinsamkeit ihrer Bedürfnisse und deren Inhalte erkennen könnten. (15)

Das 4. und letzte Modell der Stufenfolge, das die Beschränkungen der Anwaltsplanung in "radikaler Konsequenz durchbricht", sieht folgendermaßen aus: "Wenn das Mitspracherecht bei einem pluralistischen Planungsprozeß auf wenige, konsolidierte Interessenorganisationen beschränkt ist; wenn demzufolge zahlreiche potentielle Interessengruppen vom Mitspracherecht ausgeschlossen sind und deshalb keine Chance haben, sich als Träger kollektiver Bedürfnisse zu etablieren, und deshalb in der schicksalshörigen Apathie derer beharren, die allenfalls Schlimmeres zu erwarten haben; wenn außerdem die Unparteilichkeit derjenigen Entscheidungsinstanz, die im pluralistischen Kräftespiel schließlich den Richtspruch fällt, durchaus in Zweifel gezogen werden muß; dann ist es nur konsequent, wenn die Planungsinstanzen ihre Orientierungen von planungsbezogenen politischen Basisorganisationen beziehen, die sie freilich selbst erst ins Leben zu rufen hätten". (16)

Gerade dies letzte Konzept kommt dem latenten Wünschen der Mitglieder der Intelligenz in den Planungsbereichen sehr entgegen. Auf der Grundlage der zentralen Positionen - 1. der These von der relativen Entfertheit von Bereichen wie Städtebau, Verkehr, Bildung, Gesundheit etc., von den zentralen Bereichen Wirtschaft und Politik, und 2. der These vom Spielraum für wesentliche Reformen in diesen Bereichen werden Handlungsspielräume für die Planerintelligenz unterstellt zur Beeinflussung von Planungen im Interesse der Bepoanten. Es ist daher kein Zufall, wenn einer der Kronzeugen, die Offe für sein viertes Modell anführt, die Basisgruppe Kreuzberg, die hauptsächlich aus Architekturstudenten bestand, ganz naturwüchsig auf der Basis eines derartigen ("Offeschen") Ansatzes arbeitet. Wegen ihrer immer noch latenten Relevanz für die Praxis von Stadtteil-Gruppen müssen Offes grundlegende Thesen im folgenden untersucht werden.

## DIE KONZERNINTERESSEN AN DER REGIONALEN NEUORDNUNG UND DIE STRATEGIE LOKALER BASISORGANISATION

Aus der Vielzahl der US-amerikanischen Versuche von Gemeinde-Selbstbestimmung in der Stadtplanung wollen wir die Erfahrungen einer organisatorisch äußerst erfolgreichen Gruppe in San Francisco untersuchen, um zu zeigen, daß selbst unter diesen extrem günstigen Bedingungen die These von der Entferntheit der disparitären Lebensbereiche gegenüber dem zentralen Bereich Wirtschaft sich nicht aufrechterhalten läßt; daß vielmehr diese Bereiche als Teile der Infrastruktur nach den Verwertungsinteressen des Kapitals umstrukturiert werden und von daher der Entscheidungsspielraum von Community Power auf marginale Fragen beschränkt ist.

Am Beispiel von Entwicklungen in der Region von San Francisco lassen sich die Umstrukturierung der Infrastruktur und die damit verbundene Zentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung unter der Führung der Konzerne verfolgen. Diese Tendenzen können sich im Gebiet der Bucht von San Francisco ohne Behinderung durch die Interessen partikularer Kapitalfraktionen entfalten, da den Neuerern keine alteingesessene Oligarchie gegenübersteht. Der Handelskammer von San Francisco zufolge, "baut die Wirtschaft von San Francisco auf ihrer Rolle als Hauptverwaltungszentrum des amerikanischen Westens auf". Diese basiert auf der Konzentration von Banken, Versicherungen und Immobiliengesellschaften. Die aufstrebenden Industriestädte im Gebiet der Bucht wie Oakland, Hayward, oder San José sind ihrerseits an der Entwicklung des Handels- und Verwaltungszentrums von San Francisco interessiert, denn "sie glauben, daß (die Entwicklung ihrer Industrie) von einem starken Finanzzentrum und einer wirkungsvollen regionalen Koordination abhängt". (17) Das heißt, die spezifische Art der bereits in San Francisco und der weiteren Region vorgenommenen Infrastruktur-Investitionen haben die Interessen von Industrie- und Bankkapital in einer Entwicklungsplanung für die Region vereint, die San Francisco als Mittelpunkt von Handel und Verwaltung ausbauen soll.

Das Gebiet der Bucht von San Francisco und San Pablo, das gegenwärtig über 90 Gemeinden mit ca. vier Millionen Einwohnern umfaßt und in neun Verwaltungsbezirke unterteilt ist, hat in den letzten zwanzig Jahren einen starken industriellen Aufschwung genommen, der sich Trendprognosen zufolge fortsetzen wird: Bis 1980 werden voraussichtlich sieben Millionen Menschen im Baygebiet leben. Wie die Konzerninteressen die von dieser Entwicklung geforderte Neustrukturierung und Erweiterung der Infrastruktur bestimmen, haben Beagle, Haber und Wellman dokumentiert. (17) Die Konzerninitiativen verlaufen in drei programmatischen Stoßrichtungen: a. regionale Vereinheitlichung der Verwaltung, b. Errichtung eines regionalen Schnellverkehrssystems, c. Stadtsanierung in den Ballungszentren.

Die grundlegende Zielsetzung ist die Vereinheitlichung der Verwaltung auf regionaler Ebene, die von der seit dem Ende des 2. Weltkrieges arbeitenden Planungsgruppe BAY AREA COUNCIL verfolgt wird, einer Superlobby, die sich aus den leitenden Angestellten der größten Konzerne des Baygebietes zusammensetzt und finanzielle Unterstützung von allen neun Bezirksverwaltungen erhält. Ihr Programm lautet, "das Gebiet der Bucht von San Francisco auf einer politischen Basis zu organisieren, die der wirtschaftlichen Realität entspricht", wie es ein Vizepräsident des COUNCIL formulierte. Dies besagt, die politischen Institutionen sollen als Instrument der ungehinderten Durchsetzung der Interessen der größten Konzerne modernisiert werden, da für sie ein einheitlicher und zentralisierter Markt erforderlich ist. Daß damit auch der Beteiligung der Öffentlichkeit an der lokalen Verwaltung ein Ende gesetzt wird, stellte eine nationale Vereinigung der größten Konzerne, das COMMITTEE FOR ECONOMIC DEVELOPMENT klar. Wie das COMMITTEE propagiert, sollen diejenigen Fragen, die heute noch als politische Probleme aufgefaßt werden, als technische Aufgaben behandelt werden, um Konflikte und Ineffizienz zu vermeiden. Das COMMITTEE FOR ECONOMIC DEVELOPMENT betreibt diese Strategie dadurch, daß es die Bildung gutausgerüsteter und mächtiger Regionalverwaltungen unterstützt, wodurch die lokalen Verwaltungseinheiten um 80 % reduziert werden sollen. Weiter sollen nach Vorstellung des COMMITTEES die Verfassungen der Bundesstaaten dahingehend geändert werden, daß die Vielzahl von kommunalen Wahlen stark verringert und Selbstverwaltung nur noch denen zugestanden wird, "die sie handhaben können" (18).

Der zweite Komplex, mit dem sich die technokratischen Planungsinitiativen der Konzerne in der Region von San Francisco befassen, ist die Errichtung des Schnellverkehrssystems BAY AREA RAPID TRANSIT (BART), das das Stadtzentrum mit Konsumenten und Arbeitskräften der gesamten Region verbinden soll. Dieses Schnellverkehrssystem soll einmal zur Überwindung der vom Auto verursachten Verstopfung der Innenstadt dienen und dadurch den Unternehmen im Stadtzentrum Wachstum und neue Prosperität garantieren. Zum anderen soll es mehrere, bisher nur lose zusammenhängende Märkte von Arbeitskräften, Waren und Dienstleistungen mit einander verknüpfen. Allerdings trifft die Trassenführung eine sorgfältige Auswahl: mit der Innenstadt verbunden werden lediglich die wohlhabenderen Vororte. (19) Dies erschließt den in der City ansässigen Unternehmen das white-collar-Arbeitskräftepotential der gesamten Region. Ebenso wird damit den anspruchsvolleren, d.h. zahlungsfähigeren Konsumenten leichter Zugang zu den exklusiven Einzelhandelsgeschäften des Citybereichs und den ihm eigenen speziellen Dienstleistungen verschafft. Die Linien verbinden aber nicht die Innenstadt, in der die Arbeiterviertel liegen, mit dem industriellen Hinterland; berühren oder durchschneiden sie die innerstädtischen Ghettos wie z.B. die Oakland Ghettos, so gibt es dort keine Station. Das BAY AREA RAPID TRANSIT SYSTEM ist also nicht darauf angelegt, Arbeitern aus den schwarzen und braunen Ghettos Arbeitsplätze in der Industrie außerhalb der City zu erschliessen. Es leistet somit nicht einmal als Ne-

benefekt einen Beitrag dazu, den wenig qualifizierten, beschäftigungslosen Arbeitern Zugang zu einem größeren, regionalen Angebot von Arbeitsplätzen zu verschaffen.

Von Anfang an war das BAY AREA RAPID TRANSIT SYSTEM als ein öffentliches Verkehrsmittel mit einem beschränkten Benutzerkreis geplant worden. Sein Einzugsbereich wurde definiert durch die klar erkennbare Zielsetzung, die Zusammenfassung von Bank- und Handelskapital sowie von Verwaltungsfunktionen von Industriekonzernen in San Francisco voranzutreiben. Die Folge davon ist eine starke innerstädtische Verdichtung, ablesbar bereits jetzt an einem enormen Bauboom. Damit bewirkt das Schnellbahnsystem indirekt die Vertreibung der lower class aus der Innenstadt, auch ohne daß erklärte Sanierungsprogramme nötig wären. Zur Senkung der Baukosten wird die Bahn, soweit möglich, durch die Viertel mit der schlechtesten Bausubstanz gelegt, wo Grundstückspreise und Entschädigungskosten gering sind und in denen "naturgemäß" die Gruppen mit dem niedrigsten Einkommen leben. (20) Damit kommt der bekannte Mechanismus in Gang: Im gleichen Augenblick, da sich die Kommune durch den Bahnbau in verstärktem Maße verschuldet und deshalb die Grundsteuer zur Aufbringung der Kosten erhöht, steigen die Grundstückspreise entlang der Trasse, vor allem aber im Umkreis der Bahnhöfe, weil die Nachfrage nach diesen durch den Bahnbau gut erschlossenen Grundstücken steigt. Diese erhöhten Bodenpreise werden der neuen Grundsteuereinschätzung zugrundegelegt. Dies schlägt sich, ebenso wie der erhöhte "Wert" des Bodens, (der auf der Erwartung höherer Bodenrente beruht), in erhöhten Mieten nieder. Die Auswirkungen auf die Arbeiterfamilien mit geringem Einkommen, die jetzt dort wohnen, sind abzusehen: Während schon die Trassenführung selbst billige Wohnungen vernichtet, steigen die Mieten der Wohnungen an der Trasse unverhältnismäßig stark. Die bisherigen Mieter werden zum Auszug gezwungen; für neue Mieter mit höherem Einkommen ist die Bausubstanz zu schlecht. Die alten Eigentümer müssen verkaufen, da sie für Abriß und Neubau ihrer Gebäude zu finanzschwach sind. Die Häuser gehen an große Baugesellschaften über, die sie abreißen und das ganze Gebiet für höhere Einkommensklassen neu aufbauen.

Die dritte technokratische Planungsinitiative stößt in einen Bereich, in dem sich, wie die Erfahrungen zeigen, der Widerstand der Betroffenen am ehesten herausbilden kann: die Stadterneuerung. Die ersten Erfahrungen mit der Stadterneuerung in San Francisco zeigten schon deutlich, zu wessen Gunsten die von Konzerngruppen unterstützten Planungen durchgeführt wurden, und sind daher für unser Thema von besonderem Interesse. Beim Golden Gateway, einem an der Küste gelegenen Projekt für überdurchschnittlich hohe Einkommensklassen, das einen alten Rohproduktmarkt ersetzte, ebenso wie beim Diamond Heights Projekt wurden selbst auf unbebautem Gelände nur Luxuswohnungen errichtet. Im ersten Sanierungsgebiet von Fillmore, wo früher 6 000 Schwarze lebten, vermochten nach der Erneuerung, bei der eine Reihe von teuren Wohnhäusern gebaut wurden, nur drei Familien in das



Gebiet zurückzuziehen. Einige schwarze Familien der Mittelschicht aus anderen Gebieten zogen ein, aber nicht die Masse der früheren Ghettobewohner. 1964 begann die Sanierungsbehörde, in benachbarte Gebiete des Fillmore-Ghettos einzudringen. Mehr als 40 000 Menschen, von denen 70 % Schwarze sind, wurden und werden von diesem Vorstoß betroffen. Als Hauptursache für die Ausdehnung der Fillmore-Sanierung wurde die Sicherung der hohen Bodenwerte angegeben, die durch die Aufwertung des ersten Sanierungsgebietes durch teure Wohnhäuser erreicht worden war. Den Plänen der Administration zufolge, können nur isolierte Ghettos wie Hunters Point, die weit von der Innenstadt entfernt sind, ohne die Vertreibung der gegenwärtigen Bevölkerung saniert werden. Im Stadtkern bleibt Sanierung identisch mit Evakuierung.

Das Regulativ dieser Praxis ist Produktion für den Markt zahlungskräftiger Nachfrage. Der Leiter der Sanierungsbehörde von San Francisco, Justin Herman, drückte das so aus: "Jeder, der etwas nachdenkt und guten Willens ist, erkennt, daß es nicht Diskriminierung allein ist, sondern daß auch ein Mangel auf Seiten der Schwarzen besteht. Das moralische Ziel ist zwar - die Chancen auszugleichen. Aber selbst wenn es theoretisch möglich wäre, Diskriminierung auszuschließen: Neger verdienen dennoch nicht genug Geld, um in San Francisco zu leben". (21) Dies ist die klare und bestimmte Aussage eines Sanierungspraktikers. Sie unterscheidet scharf zwischen moralischer Diskriminierung, die eventuell mit gutem Willen zu beseitigen ist, und "objektiver Unfähigkeit", nämlich der beschränkten Zahlungsfähigkeit der Lohnarbeiter im Kapitalsystem (von denen die Schwarzen freilich die am wenigsten zahlungsfähigen sind).

Dieser klaren Feststellung steht die beschönigende Funktion von "Bürgerberatungsgruppen" wie der SAN FRANCISCO PLANING AND URBAN ASSOCIATION (SPUR) gegenüber. In einem Grußwort an eine Tagung von SPUR benannte ein Professor der University of California das strategische Dilemma der Sanierungsaktivität in San Francisco in sonntäglicher Reflexion: "San Francisco wird immer mehr polarisiert. Es besteht das unleugbare Bedürfnis, Leute der Mittelklasse mit Kindern herbeizuholen. Andererseits tragen wir auch die Verantwortung gegenüber den Negern". (22) "Verantwortung" tragen die "Bürgerberater" von SPUR aber vor allem gegenüber den Konzernen, die diese Gruppe zur Unterstützung der von ihnen vorangetriebenen Sanierung ins Leben gerufen haben und finanziell am Leben erhalten. Im BLYTH-ZELLER BACH-COMMITTEE, dem Initiator der Bürgerberatungsgruppe SPUR, sind u.a. vertreten: die Bank of America, Bechtel Corporation (die größte Baugesellschaft der Welt), Pacific Telephone, Pacific Gas and Electric, Standard Oil, Levi Strauss, American Trust Co., Magnins (großer Detailhandel der City) und Matson-Navigation. Die "Bürger", richtiger: die Bourgeois des BLYTH-ZELLERBACH-COMMITTEE kamen drei Jahre in voller Höhe für die Ausgaben von SPUR auf und besorgen heute 50 % ihrer Gelder; Verbindungsmann zwischen den beiden Gruppen war der Finanzexperte

Jerd Sullivan, der jahrelang sowohl als Vorsitzender von SPUR, wie auch des BLYTH-ZELLERBACH-COMMITTEE fungierte. John Hirten, ehemals leitender Direktor von SPUR, sorgte für die Verbindung zum BAY AREA COUNCIL, der 1945 gegründeten Manger-Planungsgruppe, zu deren Verwaltung er gehörte. Gelegentlich gab einer der Direktoren der "Bürgerberatungsgruppe" SPUR seine spezifische "Verantwortung" gegenüber den Nicht-Eigentümern und Unterprivilegierten zu erkennen, indem er ihnen einfach die Qualifikation absprach, bei der Entscheidung über das Geschick ihres Gebietes eine Rolle zu spielen.

Entsprechend beurteilte denn auch die "Bürgerberater" der SAN FRANCISCO PLANING AND URBAN RENEWAL ASSOCIATION die Entstehung einer lokalen Basisorganisation, die sich im Herbst 1966 im Distrikt MISSION, einem innerstädtischen Ghetto, gebildet hatte. Für eine Sanierung des Distrikts MISSION hatte die Sanierungsbehörde von San Francisco einen Planungszuschuß des Bundes in Höhe von zwei Millionen Dollar beantragt. Der Plan der Stadtverwaltung wäre auf Sanierung des MISSION-Distriktes durch Vertreibung seiner gegenwärtigen Bevölkerung hinausgelaufen. Man wollte aus dem Viertel ein Wohngebiet für Beamte und Angestellte machen. Es war das Ziel des MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT, die Ausführung dieses Plans zu verhindern. Laut SPUR würde damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen dafür, "daß lautstarke und drohende Gruppen - gleichgültig, ob sie verantwortungsvolle oder unverantwortliche Positionen einnehmen - Maßnahmen blockieren könnten, die zur Aufrechterhaltung von Gesundheit und Wohlergehen der gesamten Gemeinde notwendig sind" -wenn der MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT (MCOR) seinen Standpunkt in Bezug auf das Sanierungsprogramm für den Distrikt MISSION durchsetzen würde. (23)

Da hier der Sanierungskonflikt tatsächlich zur Mobilisierung der Massen führte und die organisatorische Konsolidierung gelang, erscheint das Beispiel des MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT wichtig für die Beurteilung der Erfolgchancen und der politischen Perspektiven von lokaler Basisorganisation. Die spontane Entstehung und der tatsächliche organisatorische Erfolg des MCOR lassen dies Beispiel besonders geeignet erscheinen, um die Offesche These zu überprüfen, daß die Wahrnehmung von Handlungschancen im außerbetrieblichen Bereich "mit erfreulicher Folgerichtigkeit" zu einer Infragestellung der beiden "Systemprämissen politischer Repräsentation und privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidung" führe.

Der MISSION COUNCIL ON REDEVELOPMENT (MCOR) konstituierte sich als eine Koalition: als der Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung aller sozialen, kulturellen und Bürgergruppen des Gebiets. Er umfaßte Leute aus allen möglichen "Wählergruppen": Schwarze, Braune, alteingesessene ethnische Gruppen, Jugendliche und Rentner, Eigenheimbesitzer und Mieter, Arbeiter und kleine Geschäftsleute. Der MCOR versuchte, Solidarität über die Identifikation mit dem Gebiet, dem "turf", herzustellen: Was Haben " d i e " mit unserem Viertel zu tun? Wenn

man von einer Ideologie des MCOR sprechen kann, so war ihr Kernsatz: Laßt die Leute selber entscheiden! - also die Forderung nach Gemeinde-Selbstbestimmung.

1968 reorganisierte sich der MCOR als umfassende Vereinigung von Delegierten aus 75 lokalen Gruppen und änderte seinen Namen in MISSION COALITION ORGANIZATION (MCO). Vorgegangen war die Reorganisation von Stadt und Gemeinde in Planungsfragen: Die Bundesregierung hatte das Musterstädte-Programm aufgestellt, um damit alle Bundesmittel für die städtischen Dienstleistungen und für die Stadterneuerung einheitlich verwalten zu können. Die Stadt San Francisco gab die Absicht bekannt, einen Planungszuschuß zur Untersuchung der Möglichkeiten von Gebietsrenovierung und Sanierung in Mission und in Hunters Point zu beantragen. Schon Anfang 1967 hatte der MCOR gewaltigen Widerstand gegen die Vorstellung einer Sanierung ohne Kontrolle durch die Betroffenen entfaltet. Die MISSION COALITION ORGANIZATION setzte das politische Programm des MCOR verschärft fort. Sie forderte Vetorecht für das Stadtviertel bei allen fälligen Entscheidungen, wenn überhaupt saniert werden sollte. Alle Planungsvorschläge mußten zuerst von der COALITION gebilligt werden, bevor sie der Stadtverwaltung vorgelegt würden. Die MISSION COALITION ORGANIZATION verlangte, daß zwei Drittel aller Mitglieder der CITY DEMONSTRATION AGENCY (CDA), des Ausschusses, der das Programm in Mission durchführen sollte, Bewohner des Gebietes sein mußten. Sie sollten von der Koalition gewählt und von ihr abrufbar sein. Nach Erfüllung dieser ersten Forderung sollte sich der Ausschuß mit der MISSION COALITION in Verbindung setzen, um die sozialen Bedürfnisse zu ermitteln, Prioritäten zu setzen und die Ziele des Programms zu bestimmen. Bis zum Frühjahr 1969 hatte die MCO ihre Basis, im Mission-Distrikt wohnende Spanier und Mexikaner, derart aktiviert, daß sie den Bürgermeister von San Francisco zu einem Abkommen zwingen konnten: Die Planungsbefugnisse zur Verwendung der Bundesmittel aus dem Musterstädte-Programm sollten ihr zugesprochen werden.

Ist Gemeindegontrolle über die Bundesmittel aus dem Modellstädte-Programm, also Mitverfügung über Mittel aus dem öffentlichen Haushalt, ein Sieg für die bislang Unterprivilegierten? In einem strategischen Kalkül, das von der Interessenstruktur und dem Machtgefälle im Rahmen der Gesamtgesellschaft ausgeht, beantworten die Autoren der Fallstudie von San Francisco, Beagle, Haber und Wellman, diese Frage.

"Einerseits ist die Antwort ein deutliches Ja. Der Kampf um Gemeindegontrolle ist wichtig. Gegen die Mißachtung der Volkssouveränität muß Widerstand geleistet werden. Die technokratische Koordination von Geschäftswelt und Exekutive muß verhindert werden. Und zumindest kurzfristig können sich viele wesentliche Vorteile daraus ergeben. Es sollte jedoch klar sein, daß Gemeindegontrolle allein keine Lösung für die Nachbarschaften von Mission sein kann. Sie hat im besten Fall eine *a u f s c h i e b e n d e* Wirkung gegen den Gesamtplan der

der Konzerne, der für Mission die Auslöschung bedeutet. Die letztlich bestimmenden Kräfte, die die Zukunft des Gebietes formen, entziehen sich dem Einfluß der Modellstädteplaner. Der alte Sanierungs-Evakuierungs-Plan für Mission ist nicht aufgegeben worden. Die allgemeinere Strategie der Konzernplaner bestimmt die Bedingungen, innerhalb derer die Bewohner handeln müssen". (24)

Zur Begründung dieser These bringen Beagle, Haber und Wellman folgendes vor: Um das Schnellverkehrssystem und die Stadterneuerung zu finanzieren und zweifellos auch die Kosten der regionalen Verwaltung, werden sich die Konzernplaner weiterhin auf dieselbe Steuergrundlage verlassen, die für alle städtischen Funktionen angezapft worden ist : die Vermögenssteuer. Nach der steuerlichen Einschätzung der Vermögensobjekte wird die Höhe der Besteuerung entsprechend dem Finanzbedarf der Kommune festgesetzt. Die steigenden Grundstückspreise an der Schnellverkehrslinie mitten in Mission und in der Nähe anderer Neubaugebiete finden entsprechend der "Steuergerechtigkeit" ihren Ausdruck in einer höheren steuerlichen Veranlagung der Objekte. Die Folgen sind absehbar:

"Die erhöhten Steuern werden die Mieten in den bereits herabgewirtschafteten Wohnungen für Leute mit geringem Einkommen in die Höhe treiben und die kleinen, nachbarschaftsorientierten Geschäfte noch weniger profitabel machen. Der Markt wird weiterhin das Seine tun, und zwar unerbittlich: Profitorientierte Baufirmen werden die bereits ausgepowerten Eigentümer aufkaufen und neue Gebäude errichten. Neue Geschäfte werden für die neuen, wohlhabenderen Leute entstehen, die sie profitabel machen können. Dieser Vorgang mag nicht so sauber und schnell vor sich gehen wie bei der Flächensanierung, wo die Planierraupe in einem grausamen Schub die Nachbarschaft zerstört. Das Ergebnis aber wird dasselbe sein: das schrittweise Verschwinden des Viertels, wobei Baufirmen die Kerngebiete entlang der Schnellbahnlinie übernehmen, dann ihre Eingriffe erweitern und festigen, indem sie die noch verbliebenen Bewohner erst einmal ausgrenzen mit Parks, neuen Schulen oder anderem, barriereartig dazwischengeschobenen Einrichtungen, die geplant werden, um die "allgemeine Wohlfahrt" zu fördern. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch ein Prozeß der blockweisen Zerstörung des Viertels. . und dies ist ein Prozeß, den umzukehren die MISSION COALITION und ähnliche, auf Gemeindekontrolle abzielende Organisationen nicht in der Lage sein werden. Die Kräfte, die diesen Prozeß erzwingen, kommen von außen auf die Gemeinde zu: die Finanzierung der städtischen Ausgaben über Vermögenssteuern, die Festsetzung von Grundstückswerten und von Steuersätzen". (25)

Beagle, Haber und Wellman stellen abschließend fest: Auch wenn die MISSION COALITION ORGANIZATION einen vorzüglichen, ihren Bedürfnissen entsprechenden Alternativplan entwickle, werde es ihr nicht gelingen, ihn in die Praxis umzusetzen. Die Situation sei ähnlich wie bei der Gemeindekontrolle über die Schulen, wenn die Bewohner keine Kontrolle über die Finanzierung der Erziehung und über die Rekrutierung und Ausbildung der Lehrer haben; oder wie die Ge-

meindekontrolle über die Polizei, wenn die Gesetze und das Gerichtsverfahren unverändert bleiben und wenn der Strafvollzug mechanisiert, mit Computern rationalisiert und regional organisiert werde; oder Gemeindekontrolle über die Fürsorgeverwaltung, wenn die Höhe der Steuermittel und die Richtlinien vom Staat oder den Bundesbehörden festgesetzt werden.

"In all diesen Fällen kann, wie im Fall der Sanierung, die Gemeindekontrolle gedankenlosen und willkürlichen Mißbrauch ausschließen. Die irrationale und überflüssige Ausbeutung kann verhindert werden, wobei Community Power, Geldschneider, Prügelpolizisten, habgierige Slumbarone, demütigende Fürsorger und dergleichen in Schach halten kann. Aber das Ziel, das Unvermeidliche zu humanisieren, ist vollauf mit den Konzerninteressen vereinbar. Es ist schon längst eine der Grundlagen ihres Herangehens an die "städtische Krise". Gemeindekontrolle leistet die Anpassung an das Unvermeidliche und Unabänderliche mit weniger Erbitterung und Ungerechtigkeit. Aber das Recht, die Liquidation der eigenen Nachbarschaft anzuführen, ist kein Triumph der Demokratie."  
(26)

Als entscheidende Einsicht ergibt sich aus dieser Analyse, daß politische Macht über ein Gebiet nicht zu erreichen ist mit Gemeindegelbstbestimmung. Denn der Bereich, auf den sich Gemeinde-Selbstkontrolle erstrecken kann, ist viel zu begrenzt.

Doch bei dieser Einsicht bleiben Beagle, Haber und Wellman auch stehen. Sie reduzieren damit das Problem auf eines der Reichweite der Kontrolle. Die politische Alternative zur Organisierung lokaler Situationsgruppen wäre damit die Organisierung nationaler Situationsgruppen, die das den Kommunen übergeordnete politische Zentrum zum Adressaten ihrer Forderungen machen. Die Kritik der Organisationsform des Widerstandes beschränkt sich auf eine Kritik ihres lokalen Charakters. Mit einer solchen Kritik können zwar immerhin Illusionen der Art, wie Offe sie den Stadtplanern vorträumt, zerstört werden, ihr ideologischer Charakter kann aufgezeigt werden, doch trifft diese Kritik nicht den Angelpunkt des Problems: die Herrschaft des Kapitals und die Unterwerfung aller Lebensbereiche der arbeitenden oder auch arbeitslosen Menschen unter die Bedürfnisse seiner Verwertung. Das Problem bleibt für sie eines der Begrenztheit der Gemeindekontrolle gegenüber Mächten, die sich auf einer Ebene formieren, die der Gemeinde übergeordnet ist. Zwar ist ihnen bewußt, daß zu diesen übergeordneten Mächten nicht allein der Staat, sondern auch die Konzerne gehören: "Es ist unbedingt notwendig", sagen sie, "jene Aspekte der politischen Ökonomie zu bestimmen die das konkrete Programm beeinflussen, zu dessen Durchsetzung Gemeindekontrolle nur als Instrument benutzt wird. Die Analyse der Konzernstrategie nennt einige Bedingungen, die die Reichweite der Programme beschränken: sie verweisen auf Gebiete, wo mehr als "turf power" erforderlich ist". (27) Sie sehen auch, daß die staatliche Steuergesetzgebung die Profite der Konzerne schützt. Doch

wenn die Autoren dann als politisch-strategische Konsequenz ihrer Analyse fordern, die Profite mithilfe sozialreformerischer Steuergesetzgebung zu sozialisieren, so wird deutlich, daß sie die Macht der Konzerne nur als politische Macht begreifen, der mit politischen Mitteln, nämlich einer sozialreformerisch orientierten Staatsgewalt, entgegentreten werden könne. Demgemäß können sich auch nicht die richtige strategisch-politische Konsequenz aus ihrer Analyse des Scheiterns von Community Power ziehen: die Notwendigkeit der gemeinsamen Organisation der Lohnarbeiter und der industriellen Reservearmee als Klasse, die dem Kapital nicht nur als objektiv von ihm erzeugter, sondern auch subjektiv seiner Macht bewußter Widerspruch entgegentritt.

Doch fassen wir noch einmal die Ergebnisse der San-Francisco-Studie zusammen, um sie den anfangs vorgestellten Offeschen Thesen gegenüberzustellen. Die Autoren der San-Francisco-Studie stellen an ihrem Beispiel mit aller Klarheit die begrenzte politische Reichweite lokaler Selbstorganisation dar. Lokale Situationsgruppen können zwar gegen den politisch zusammengefaßten Ausdruck der naturwüchsigen Tendenzen der Kapitalverwertung, gegen die Sanierungsbehörden, sich zur Wehr zu setzen versuchen. Sie können diese Tendenzen selbst aber nicht treffen und in ihrer Richtung und Wirkungsweise umkehren. Erinnern wir uns an die Theorie von Offe, wie er sie vor den Stadtplanern ausgebreitet hat: Sachzwang herrsche dort, wo die Institutionen der Öffentlichkeit vertrocknet seien. Es bedürfe also der Mobilisierung der Betroffenen, ihrer Fähigkeit, ihre Interessen und Bedürfnisse zu formulieren, dann sei in den Bereichen, die in einer "relativen Ferne" von den zentralen Bereichen Wirtschaft, Militär, Politik ständen und in denen demgemäß ein gewisser Spielraum zur Veränderung gegeben sei, ein Zerbrechen der "Sachzwänge" möglich.

Demgegenüber zeigt der beschriebene Versuch einer Mobilisierung der Öffentlichkeit zur Durchbrechung von "Sachzwängen" in San Francisco genau das Gegenteil: Zum einen stellen sich die "Sachzwänge" ganz eindeutig als solche der Kapitalverwertung heraus. Stadtsanierung erweist sich als keineswegs "relativ fern" von dem zentralen Bereich "der Wirtschaft", sondern als eindeutig strukturiert durch besondere Interessen großer Kapitale. Diese schaffen sich innerhalb einer Region ein Zentrum, an dem sie ihre Zirkulation, Kauf und Verkauf von Waren, die damit verbundenen Geld- und Kreditgeschäfte, Versicherungen und Verwaltung möglichst effektiv betreiben können. Solche räumliche Zentrierung der Zirkulation des Kapitals wirkt sich auf der einen Seite als Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals, auf der anderen Seite als Verminderung der faux frais, der toten Kosten der Zirkulation des Kapitals aus. Beide Momente wirken sich als Erhöhung der Profitrate der einzelnen Kapitalisten aus. Zudem ermöglicht die Ausrichtung einer ganzen Region auf ein Zentrum, in dem der Umschlag der großen Kapitale stattfindet, dem Großkapital, noch verbliebene Reste mittleren Industrie-, Handels- oder Bankkapitals niederzukurrieren oder zur Fusion zu zwingen. Das Kapital hat also die Tendenz, Metropolen seines Um-

schlags zu schaffen, ohne Rücksicht auf die damit entstehenden Probleme, ja Katastrophen städtischer Infrastruktur. Dies zeigt sich nicht nur an dem Beispiel San Francisco, sondern in gleicher wünschenswerter Klarheit z.B. an den Städten München und Frankfurt in der BRD.(28)

Die auf der Grundlage solcher Tendenzen des Kapitals entstehenden Planungskommissionen in San Francisco litten nicht etwa daran, daß sie auf eine "vertrocknete Öffentlichkeit" trafen - im Gegenteil: Das COMMITTEE FOR ECONOMIC DEVELOPMENT, welches sich zum Zweck der regionalen Planung zusammengefunden hatte, war als Vereinigung der größten Konzerne systematisch bestrebt, die letzten Reste einer selbständig fungierenden Öffentlichkeit, die verstreuten Kommunalverwaltungen zu zerschlagen, um an ihre Stelle eine zentrale Verwaltung mit zentralen Planungsmöglichkeiten zu setzen, welche in ihrer Effizienz nicht den Störungen widerspenstiger Kleinkommunen ausgesetzt ist. Das für die Betroffenen Verhängnisvolle an der Stadtsanierung lag also nicht etwa am Fehlen einer zentralen Planungsinstitution, wie Offe meint, sondern an der Unterwerfung der Wohn- und Lebensbedürfnisse der Bevölkerung einer ganzen Region unter die in diesem Falle gemeinsamen Interessen großer Kapitale, organisiert eben in einer zentralen Planungsinstitution des Kapitals. Alle Versuche einer "wiederbelebten Öffentlichkeit", sich den Planungszielen zur "Stadtsanierung" des Großkapitals zu widersetzen, scheiterten, indem sie sich als "Situationsgruppe" formulierten. Eine bestimmte Wohnsituation bildete den gemeinsamen Interessenhintergrund der Organisation. Doch der Widerspruch zum Kapital ist nicht der wohnbedürftige Bürger, sondern der dem Kapital den Mehrwert zuschuffende Lohnarbeiter und die der Klasse der Lohnarbeiter objektiv zugehörige industrielle Reservearmee. So kann auch eine Organisation der Wohnbedürftigen zu einer ihre Interessen formulierenden "Situationsgruppe" den großen Kapitalen ernsthaft keinen Widerstand entgegensetzen, werden diese ja nicht einmal als Adressat der Forderungen und wirklicher Gegner begriffen. Gerade dies ist aber auch die Grundlage der Möglichkeit, solcherart auf eine "Situation" -hier die Wohnsituation- beschränkte politische Mobilisierungsversuche zu integrieren in die Planungsstrategie der Konzerne selbst: "Gemeindekontrolle leistet die Anpassung an das Unvermeidliche und Unabänderliche mit weniger Erbitterung"

Der Adressat einer solchen "Situationsgruppe" ist allenfalls die Stadtverwaltung, und nicht sie ist es, die die Interessen des Kapitals definiert, sondern genau umgekehrt: Die öffentlichen Institutionen sind in ihren Infrastrukturplanungen selbst bestimmt durch die Verwertungszwänge des Kapitals, finde dies nun seinen Ausdruck in einer Personalunion zwischen politischer Macht und Kapital oder nicht. Der Spielraum, der der Stadtverwaltung gegenüber den Interessen der großen Kapitale gegeben ist, erweist sich als äußerst gering. Denn der Erfolg, den die MISSION COALITION ORGANIZATION verbuchen konnte, indem sie die Planungsbefugnis über Bundesmittel zur Stadtsanierung erhielt, bricht sich an dem Prozeß der Verteuerung der Grundstückspreise im Zuge der Strukturierung der

der Stadt nach den kapitalistischen Notwendigkeiten. Was die Stadtverwaltung mit der einen Hand gab, nämlich die Verfügung über beschränkte Mittel zur Sanierung, das machte sie mit der anderen Hand unwirksam, indem sie die gestiegene Grundstücksbewertung als Grundlage erhöhter Steuern benutzte und auf diese Weise an der Zerschlagung der Möglichkeit einer Sanierung des Distrikts Mission im Interesse der dort wohnenden Schichten der Arbeiterklasse mitwirkte. Auch hier wieder handelt die Stadtverwaltung nicht eigenständig und im Rahmen eines ihr gegebenen Spielraums, sondern folgt ganz einfach in ihrer Besteuerung dem Prozeß der Verteuerung von Grund und Boden im Gefolge der "Entstehung zahlungskräftiger Nachfrage nach knappen Mitteln", wie die bürgerliche Ökonomie hier sagen würde. Die Grundlage der Entstehung dieser "zahlungskräftigen Nachfrage" ist hinwiederum die Umformung der Stadt zum Zentrum der Zirkulation der großen Einzelkapitale. Auf dieser Grundlage bewegt sich dann auch die zweite Kapitalgruppe, die hier als Handelnder auftritt und an der sich der Widerstand der wohnbedürftigen Bürger bricht: die großen Baufirmen und die Grundstücks- und Wohnungsmakler, denen neben den Wohnungen der Arbeiter auch der kleine städtische Grundstücks- und Hausbesitz zum Opfer fällt. Sie werden von dem lokalen, auf die Stadtverwaltung hin gerichteten Widerstand der "Situationsgruppe" ebensowenig getroffen wie die großen Kapitale, die die Sanierung in Gang setzten.

#### DIE VERWEIGERUNG DER ARBEITER GEGENÜBER "AUSSERBETRIEBLICHER MITBESTIMMUNG"

Die Klassenlage des Proletariats in den USA ist hauptsächlich darin von der Situation in der BRD verschieden, daß wegen der Existenz einer ausgedehnten Reservearmee in den USA zum einen der betriebliche Kampf erschwert ist und zum andern der Kampf im Stadtteil zum besonderen Schauplatz der Klassenauseinandersetzungen wurde. In der BRD erleben dagegen auch die Teile des Proletariats im Betrieb das Zentrum der Ausbeutung, die von der Aktion des konzentrierten und in staatlichen Agenturen politisch zusammengefaßten Kapitals in der Reproduktionssphäre am stärksten betroffen sind. Die Weigerung der Arbeiter, im Stadtteil den Schauplatz ihrer Kämpfe zu sehen, ihre ablehnende Antwort auf Mobilisierungsversuche "professionalisierter Intelligenz" soll im folgenden dargestellt werden.

Das Sanierungsgebiet Kreuzberg umfasst ein dicht bebautes 107 ha großes Gebiet am Rande des Berliner City-Bereichs. Es ist außerordentlich gut mit Massenverkehrsmitteln (2 U-Bahnlinien mit 4 U-Bahnstationen, mehrere Buslinien) an die City angeschlossen und besitzt ebenso gute Verbindungen zu den übrigen randstädtischen Gebieten. 1961 lebten hier 37 000 Menschen, nach Angaben der



Wohnungszählung von 1961 waren 70 % der Erwerbstätigen Arbeiter. Die Gewerbe-  
struktur ist gekennzeichnet durch ein Vielzahl kleiner und kleinster Betriebe: Bei  
der Gewerbebeziehung 1961 wurden fast 3 000 Betriebe ermittelt mit insgesamt etwa  
20 000 Beschäftigten. Diese Betriebe stellen meist Produkte her, deren Fertigung  
sich für die Großbetriebe, von denen sie teilweise direkt als Zulieferer abhängig  
sind, nicht (oder noch nicht) lohnt. Einige dieser Kleinbetriebe konkurrieren  
auch mit größeren, indem sie schneller liefern als diese und mit geringeren Pro-  
fiten vorlieb nehmen. Der Handel ist in einer großen Zahl von Kleinläden ver-  
teilt über das gesamte Gebiet und verdichtet sich an zwei sich kreuzenden  
Schwerachsen.

Die Bausubstanz ist fast durchweg 70 - 120 Jahre alt, ohne daß kontinuierlich  
größere Erneuerungsarbeiten vorgenommen worden wären. Mit der Erklärung des  
Viertels zum Sanierungsgebiet 1963 wurde in dem Gebiet der Verfall der Bau-  
substanz beschleunigt und von seiten der Verwaltung mit der Schließung von  
öffentlichen Einrichtungen begonnen: Im Sommer 1970 wurde das Krankenhaus  
Bethanien geschlossen, obwohl es, wie Experten vorgeschlagen hatten, sinnvol-  
erweise mit speziellen Funktionen weitergeführt worden wäre. Der Neubau des  
Krankenhauses Am Urban außerhalb des Gebiets kann nur teilweisen Ersatz lei-  
sten. Ebenso wird vom Berliner Senat mit Schließung und Nicht-Erweiterung von  
Kindergärten, Schulen und Postämtern die Strategie verfolgt, das Gebiet im Hin-  
blick auf Sozialeinrichtungen und Dienstleistungen auszutrocknen. Parallel geht  
die systematische Herabwirtschaftung der Wohngebäude, die fast durchweg nach  
dem Krieg nicht renoviert worden sind. Beides soll die Notwendigkeit der Flä-  
chensanierung des gesamten Gebiets augenscheinlich machen und ihre Vorbe-  
dingung, die Evakuierung der Arbeiterbevölkerung, als einzige Möglichkeit er-  
scheinen lassen. Die neuen Wohnungen nach der Flächensanierung werden auf-  
grund der gegebenen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt für die überwiegende  
Mehrzahl der jetzigen Bewohner unerschwinglich sein.

Die Analyse der Sanierungsplanung für Kreuzberg zeigt die enge Verflechtung  
der Stadtsanierung mit den Interessen des großen Kapitals auch in der BRD, spe-  
ziell in Westberlin, die sich weder in ihren grundlegenden Strukturen noch in ih-  
ren Erscheinungsformen prinzipiell von den amerikanischen Vorbildern unterschei-  
det:

Die Konzeption der Neubebauung, wie sie vom Berliner Senat nach und nach vor-  
gelegt wurde, ist strukturiert durch eine Verkehrsplanung, die die bisher fehlen-  
de Anbindung des Gebiets an das innerstädtische Autobahnnetz leistet: Zwei  
Tangenten des Autobahnnetzes werden sich mitten im Gebiet schneiden und es  
in vier getrennte Teile zerlegen. Die dann auch für den Autoverkehr außerordent-  
lich günstige Verkehrssituation wird das Gebiet noch enger mit den zentralen  
City-Bereichen wie mit den entlegeneren Teilen der Stadt und damit mit deren  
Warenmärkten und Arbeitsplätzen sowie mit deren Kaufkraftpotential verbinden.

In unmittelbarer Nähe der Kreuzungen der Autobahnen und U-Bahnlinien - im Schwerpunkt des Einzugsbereichs der potentiellen Konsumenten - wird ein zentraler Marktbereich geschaffen, der die Konzentration und Rationalisierung des Warenumsches gewährleisten wird. (29) Daß an diesem Knotenpunkt bereits lange vor dem Kahlschlag des ganzen Viertels und der endgültigen Durchführung der Planungen die Bodenpreise bereits phantastisch gestiegen sind, bedarf wohl kaum noch der Erwähnung (30). Im übrigen basiert die Flächennutzungsplanung des Gebietes auf klarer Trennung von Wohngebieten mit möglichst hohem "Wohnwert" und einkommensschwachen Gewerbeblocks an den Autobahnen (wo sich wegen des Verkehrslärms Wohnungen schlechter vermieten lassen). Hier werden unter Verwendung gut erhaltener alter Gewerbegebäude die produktivsten Betriebe möglichst belassen, wo sie sind oder auch hierher umgesetzt.

Erstes Ziel der Sanierung in Kreuzberg, so könnte man zusammenfassen, ist es, Schneisen für das Berliner Autobahnssystem zu schlagen und wertvollen innerstädtischen Boden profitablerer Nutzung zuzuführen. Die Neuordnung übergeht die Bedürfnisse der jetzigen Bewohner und schert sich auch wenig um die Interessen der Masse der Kleinkapitalisten. "Nur durch rechtzeitig eingeleitete Erneuerungsmaßnahmen kann verhindert werden, daß wichtige und wertvolle Innenstadtgebiete die ihrer Lage entsprechende Bedeutung als Wohn- und Arbeitsgebiete verlieren", hat der Senat selbst recht klar bereits im ersten Sanierungsbericht 1963 formuliert. (31)

Die Grundprinzipien der Flächennutzungsplanung von Agglomerationstäumen unterscheiden sich wenig in unseren beiden Beispielen San Francisco und Berlin. In beiden Fällen erzeugen ähnliche ökonomische Ursachen bei ähnlichem Entwicklungsgrad der Transportmittel (was natürlich nicht unabhängig voneinander ist) ähnliche Flächennutzungsschemata der kapitalistischen Großstadt.

Ein von den USA abweichendes Moment der Planungsziele resultiert daraus, daß in der BRD - im Gegensatz zu den USA - die Arbeitskraft relativ knapp ist. Fast 20 000 Lohnabhängige sind im Sanierungsgebiet Kreuzberg in kleineren und mittleren Produktionsstätten beschäftigt. Diese Betriebe werfen jetzt noch Profite ab, weil die Gewerberaummieten extrem niedrig sind und die Arbeitskräfte relativ billig. Denn die Arbeiter wohnen zum großen Teil in der Nähe in billigen Wohnungen und sind deshalb vielfach bereit, um niedrigeren Lohn zu arbeiten, da der höhere Lohn in einem moderneren, aber weit entfernten am Stadtrand gelegenen Betrieb wieder einen Abzug durch lange Wegezeiten und Fahrtkosten erfährt. Mit der Sanierung wird diesen Kleinbetrieben die letzte Grundlage ihrer ohnehin abnehmenden Konkurrenzfähigkeit entzogen. Daß die Großbetriebe damit ein zusätzliches Potential an qualifizierten Arbeitskräften in ihren Verwertungsprozeß integrieren können, stellt ein wesentliches Element ihres Interesses an der Sanierung dar. Entsprechend warten die großen Kaufhäuser auf die Einverleibung jener Arbeitskräfte, die jetzt noch in den zahlreichen kleinen Geschäften des

Gebietes gebunden sind. Nach der "Umsetzung" wird das Budget der Arbeiterfamilie durch die Miete der neuen Wohnung so belastet, daß jetzt auch die Frau mitarbeiten muß. Die Industrie erhält als Zugabe der Sanierung, was sie seit der vollen Ausschöpfung der Arbeitskraftressourcen in Berlin permanent verlangte: die billige Arbeitskraft der Frau.

Es wird deutlich, daß Sanierung nicht irgend ein "Gesundmachen" eines Viertels bedeutet, das man durchführen oder lassen kann. Sanierung ist vielmehr als Modernisierung der materiellen Infrastruktur eine der essentiellen Bedingungen der Verwertung der fortgeschrittenen Kapitale einer Region. Nicht die "veraltete Bausubstanz" im Viertel selbst ist entscheidender Grund für die Sanierung, sondern die inadäquate Bodennutzung des Sanierungsgebietes relativ zum gesamten Berliner Agglomerationsraum. Die Notwendigkeit permanenter Anpassung der Infrastruktur der Agglomerationsräume an die Bedürfnisse der Kapitalverwertung gilt nicht nur für die spezifische Situation von San Francisco oder Berlin. Vielmehr mußten in allen Agglomerationsräumen die jeweils mächtigsten Kapitale stets irgendwann die Anpassung der Infrastruktur an ihre Bedürfnisse erzwingen.

(32) Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz waren die infrastrukturellen Maßnahmen meist erst im Nachhinein gemacht worden, wenn die Verwertung einer großen Zahl der betroffenen lokalen Kapitale ernsthaft bedroht war. Mit fortschreitender Kapitalkonzentration jedoch werden infrastrukturelle Investitionen schließlich zum Mittel, um v o r a b günstige Verwertungsmöglichkeiten für die Monopole zu schaffen. Dabei zwingt die Konkurrenz der Regionen, respektive der in ihnen lokalisierten Kapitale, diese nicht nur zum Kampf um möglichst große Anteile aus den staatlichen Fonds, sondern auch um möglichst effektive Verwendung dieser Ressourcen entsprechend ihren jeweiligen Interessen. Daher ist der verbreitete Erklärungsversuch der Berliner Sanierungsvorhaben als direkte Subventionierung eines beschäftigungslosen überdimensionierten Produktzweiges, des Baugewerbes, völlig abwegig. Das Baugewerbe selbst wäre zu wenig mächtig - besonders im gegenwärtigen Zustand seiner Rückständigkeit und Kleinheit der Einzelkapitale - um sich derartige Beachtung seines Profitinteresses zu sichern, zumal in einem Zeitraum, in dem alle anderen Unternehmer über Mangel an Arbeitskräften klagen. So ist denn auch einer der wesentlichen Gründe für den langsamen Fortgang der Sanierung die Abneigung der Berliner Industrie gegen den Abriß von Wohnungen, in denen billige Arbeitskräfte untergebracht werden können. (33)

Der stringente Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Interesse des großen Kapitals an Rationalisierung des gesamten Wirtschaftsraumes des Stadtstaates Berlin und der Sanierung von Kreuzberg wurde von den Studenten, die den Widerstand der betroffenen Arbeiter organisieren wollten, nicht untersucht. Sie machten für die Kahlschlagsanierung hauptsächlich die Verbindung der Berliner Bauindustrie mit einer unfähigen und korrupten Planungsinstanz verantwortlich. In Über-

tragung ihrer besonderen Erfahrungen aus der Hochschulrebellion, ihren Erfolgen gegenüber einer antiquierten Universitätsbürokratie entwickelten sie quasi naturwüchsige Vorstellungen - wie sie Offe systematisiert hat - von "peripheren Bereichen", in denen die Herstellung einer politisierten Öffentlichkeit bereits genüge, um den Staat zum Rückzug zu zwingen. Denn dieser würde es nicht wagen können, offen seine sozialstaatliche und demokratische Maske fallen zu lassen. So richteten die Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg ihr organisatorisches Konzept nach der Vorstellung aus, daß unter dem Druck der Situationsgruppe der Sanierungsbetroffenen einerseits und dem Legitimationsanspruch des Staates andererseits die Kahlschlagsanierung verhindert werden könnte.

Ganz wie es Offe als Funktion der "professionalisierten Intelligenz" konzipiert hatte, versuchte die Gruppe, die sich aus Architektur- und Soziologiestudenten zusammensetzte, mithilfe von Alternativplänen zu den offiziellen Sanierungsprogrammen den Druck der Betroffenen zu mobilisieren. In den Seminaren war etwa folgendermaßen argumentiert worden:

Beim Sanierungsgebiet Kreuzberg handele es sich um ein sozial homogenes Arbeiterviertel. Die vorhandenen Straßen, Plätze, Grünflächen und Kneipen, die Dichte der Bebauung begünstigten die Kommunikation zwischen den Bewohnern. Diese "Trivialkommunikation" werde sich politisch artikulieren, wenn durch die Agitation der Gruppe die drohende Zerstörung des Viertels und die Möglichkeit solidarischer Aktion aufgezeigt würden. Dies jedoch bedürfe der Darstellung der konkreten Utopie, die an "Grundriss, Aufriß und Vogelperspektive" vorzustellen eine Aufgabe der "revolutionären Berufspraxis" von Architekten und Soziologen sei.

Jedoch: Trotz intensiver Agitation unter den Bewohnern über die Folgen der Kahlschlagsanierung und die Möglichkeiten von besseren Alternativen; trotz der in einer Stufenfolge aufgebauten Organisationsversuche von Demonstrationen über Protestversammlungen zu Mieterräten; trotz des Gebrauchs einer Vielzahl agitatorischer Mittel - regelmäßige Flugblätter, Agitationsgespräche in den Wohnungen, auf der Straße und in Kneipen über die Sanierung, Verkauf einer Sanierungszeitung, Straßentheater, regelmäßige juristische Mieterberatung; und obwohl die Gruppe in informellen Kontakten mit der Arbeiterbevölkerung weitgehende Zustimmung erfuhr zu den Forderungen: "Stop der Kahlschlagsanierung, bis ausreichende und billige Neubauwohnungen erstellt sind!" - "Kampf dem Weißen Kreis" "Erhaltung des Bethanien-Krankenhauses!" - Die Solidarisierung der Betroffenen zur Organisation praktischen Widerstandes gegen die Sanierungsstrategie des Senats kam nicht zustande.

Diese Erfahrungen bestätigten sich auch in der gezielten Agitation eines räumungsbetroffenen Straßenzuges im Herbst 1969. Nicht einmal hier gelang es, das Konzept der Mieterselbstorganisation in Form einer kollektiven Auszugsverweigerung zu realisieren. Viele Bewohner hatten einen Besuch auf Senatsämtern hinter sich,

wo sie nach Ersatzwohnungen zu akzeptablen Preisen gefragt hatten und mit unzumutbaren Angeboten abgespeist worden waren. Die Individualisierung in der außerbetrieblichen Sphäre, in der keinerlei Arbeitserorganisation glaubwürdige Perspektiven solidarischen Handelns bietet, konnte nur ohnmächtigen Defetismus hinterlassen. Hier gibt es keine Erfahrung solidarischen Handelns, die im Produktionsprozeß wenigstens durch die Organisation des Arbeitsprozesses selbst angelegt ist. Daher bestand für die Räumungsbetroffenen individuell nur die Alternative zwischen diskriminierender Fürsorge und individueller Selbsthilfe bestand. Daraus bot auch die Selbstorganisation der Mieter keinen realen Ausweg. Das trat in Gesprächen, in denen die Möglichkeit kollektiver Auszugsverweigerung durchkonstruiert wurde, deutlich zutage. Die Perspektive der Auszugsverweigerung mobilisierte nur die panische Angst vor dem Obdachlosensayl.

Die Forderung, die Kahlschlagsanierung zu stoppen, bis ausreichende und billige Neubauwohnungen erstellt würden, war zwar eine unmittelbar einsichtige Antwort auf den Räumungsbefehl. Die Arbeiter hatten jedoch die realistische Einschätzung, daß die Errichtung billiger, unter dem Mietpreis-Niveau des Sozialen Wohnungsbaus liegender Neubauwohnungen nicht durch eine lokale Gruppe erzwungen werden kann. Sie konnten aber - das war ihnen bewußt - auch nicht auf Unterstützung durch die Gewerkschaften hoffen. Es bestand keinerlei Erwartung, daß diese im Sanierungsproblem aktiv würden. Die Rolle der gewerkschaftseigenen "Neuen Heimat" bei Sanierungs- und Neubauprojekten war durchweg bekannt und wurde als Mitprofitieren der Gewerkschaften an überhohen Mieten illusionslos dargestellt.

Was immer die Einstellungen der agitierten Arbeiter zu den Gewerkschaften gewesen sein mochten: Im kritischen Bezug auf das gewerkschaftseigene Bauunternehmen zeigte sich das Bewußtsein der Arbeiter, von opportunistischen Gewerkschaftsführern verraten zu sein. Hatten sie schon mit Ihresgleichen diese Erfahrung machen müssen, so mußte das Mißtrauen gegenüber "Anwälten" ihrer Interessen aus privilegierten Gruppen, gegenüber den Kindern der Bourgeoisie umso grundlegender sein; zumal die Studenten den Arbeitern nur in ihrer Eigenschaft als technische Spezialisten gegenüberzutreten konnten ohne im Zusammenhang eines wirksamen organisatorischen und politischen Rahmens zu stehen, in dem kollektives Handeln hätte sinnvoll sein können (34).

Es erwies sich als falsch, durch die Vermittlung von "systemtranszendierenden Bedürfnisinterpretationen" einen Prozeß "revolutionärer Transformation" initiieren zu wollen, wie Offen dies als Funktion der "professionalisierten Intelligenz" konzipiert hatte. Es zeigte sich, daß die Arbeiter sich nicht von Bildern einer "konkreten Utopie" in spontanen Aktionsgruppen mobilisieren lassen; daß ihnen klar ist, daß diese wünschenswerten Utopien nicht etwa nur deshalb noch nicht Realität geworden sind, weil sie es noch nicht zur kollektiven Artikulation solcher Bedürfnisse gebracht haben. Vielmehr nehmen sie deren Realisierung

entgegenstehenden Widerstände viel umfassender wahr, als es eine Theorie wahrhaben will, die in diesen Widerständen "Sachgesetzmäßigkeiten" sehen zu können glaubt, die "prinzipiell auflösbar, nur jeweils noch nicht aufgelöst sind". (35) Wenn es aber nicht gelingt, für den planerisch dargestellten Konflikt zwischen "kollektiver Deprivation der Wirklichkeit" und "anschaulicher Möglichkeit" die von diesem Konflikt am stärksten Betroffenen zu mobilisieren; und wenn nicht die durch Konfliktandrohung einer "wiederbelebten Öffentlichkeit" zurückzudrängenden "Sachzwänge", sondern vielmehr der Kapitalverwertungszwang den Entscheidungsspielraum der Planungsagenturen limitiert, zerbricht der Wirkungszusammenhang, den Offe schematisch in dem Modell der planungsbezogenen Basisorganisation konstruiert hat. Da das vorgeblich Einheit stiftende Moment einer allenthalben aktualisierbaren Staatsintervention zur Vermeidung politischer Krisen sich als illusionär erweist, lassen die konfligierenden Interessen in der Realität des Planungsprozesses der professionalisierten Intelligenz nur noch die Alternative: Perfektionierung technokratischer Verfahrensweisen durch ein formaldemokratisches Alibi oder Parteinarbeit für das Proletariat im Antagonismus von Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats.

Die Basisgruppe Sanierungsgebiet Kreuzberg zog aus dem Scheitern der beschränkten Aktionsstrategie die Konsequenz, den Klassencharakter der Sanierungsprogrammatische in den Vordergrund der Agitation zu rücken. Damit geriet die politische Argumentation in offenen Widerspruch zur organisatorischen Basis, was ein Teil der Gruppe zu lösen suchte durch die Weiterführung der Stadtteilarbeit im Rahmen einer Organisation mit Parteianspruch. Das Stadtteilkomitee der KPD/ML griff die Einstellung des Krankenhausbetriebes von Bethanien auf und stellte sie in der Agitation in den Zusammenhang der Verschlechterung der Krankenversorgung der Arbeiter, die dem Interesse des kapitalistischen Staates an der Minimierung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft entspringt. Im Verlauf der Bethanien-Kampagne gelang es, potentielle Arbeiterkader für diese Organisation zu gewinnen. Die Tatsache, daß eine größere Anzahl von Arbeitern mobilisiert wurde, zeigt, daß nicht die vielbeschworene Apathie von bewußtlosen Verwaltungsobjekten der Grund für den Fehlschlag beschränkter Initiativen ist, sondern daß im Gegenteil gerade diese Beschränkung Abwehr bei den Arbeitern hervorruft.

Als Antwort darauf, daß die Agitation im Sanierungsgebiet in die Organisation des proletarischen Klassenkampfes einbezogen wurde, übernahm die Planungsinstitution selber die Initiative für eine Strategie der Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß, wie dies Offe ja auch empfohlen hatte. In Zusammenarbeit mit dem Kirchenparlament der Kreissynode Köln-Stadt unterstützte das Stadtplanungsamt von Kreuzberg die Bildung eines Ausschusses für Fragen der Stadterneuerung unter Vorsitz des Bezirksstadtrates für Wirtschaft, der gleichzeitig Sydonalvertreter einer Kreuzberger Gemeinde ist. Langfristiges Ziel der Gruppe ist die Konstituierung eines "Sanierungsrates", der als Koalition der verschiedenen im Sanierungsgebiet vertretenen Interessen sich an der Durchführung der Sanierung beteiligen will.

Vorerst versucht die Gruppe mit dem Gemeindepfarrer an ihrer Spitze, um den Kern des Ausschusses interessierte "professionalisierte Intelligenz" und "Multiplikatoren" aus dem Gebiet zu versammeln wie Lehrer, Kindergärtnerinnen, Kneipiers u.a. Um ihren Einfluß auf die entscheidenden Instanzen zu verstärken, versucht die Gruppe, sich unentbehrlich zu machen als Katalysator- oder wie der Pfarrer es nennt, als "ehrlicher Makler", der die "aufgeklärte Kooperationsbereitschaft" der Arbeiterbevölkerung herstellt. Zu diesem Zweck führte die Gemeinde im November 1969 zusammen mit dem Planungsamt eine "Woche des Gesprächs" durch. Obwohl diese Gruppe, anders als kurzfristig auftretende studentische Basisgruppen, mit einem Vertrauen auf die Kontinuität ihrer Arbeit rechnen konnte, vertrauten sich ihr die Arbeiter nicht an: Das Publikum beschränkte sich auf Planer, Bezirkspolitiker, "professionalisierte Intelligenz" und wenige Gemeinde-Omas. Von der Kreuzberger Arbeiterbevölkerung isoliert, hatte der Ausschuß nur eine Funktion als (allerdings recht nebensächliches) Instrument zur Anpassung an das Unvermeidliche. So inszenierte der Ausschuß zu den Bauwochen 1970 eine autoritär manipulierte Bürgerbeteiligungs-Veranstaltung unter dem Theam "Sanierung Kreuzberg - unter Beteiligung der Öffentlichkeit"? Kernstück der Veranstaltung war ein Referat des Bauleitplaners vom Bezirksplanungsamt, in dem die Sanierungsplanung dargestellt wurde als ein Zusammenspiel von Verwaltung, parlamentarischer Öffentlichkeit und Interessengruppen, das mit der Verabschiedung des Flächennutzungsplanes im April 1970 durch das Abgeordnetenhaus bereits seinen unwiderruflichen gesetzlichen Abschluß gefunden habe. Es nimmt nicht wunder, daß dieser Nachhilfe-Unterricht in "adäquater Wahrnehmung politischer Prozesse" (36) von den Kreuzberger Arbeitern nicht in Anspruch genommen wurde. Das Publikum, vor dem diese Ausführungen gemacht wurde, bestand wiederum nur aus einigen Rentnerinnen und einer diesmal noch größeren Anzahl von fortschrittlichen Planern und Architekten, die ihr soziales Engagement hier in der "aufgeklärten Kooperation mit dem Institutionen" in Handeln umsetzen zu können hofften.

Auch in diesem Vorstoß auf etablierter Ebene wurde also deutlich, daß die Strategie, sich auf Konflikte der Disparität in einzelnen Lebensbereichen zu beschränken, für Arbeiter keine Handlungsperspektiven bieten konnte. Die Aktionsstrategie von "Situationsgruppen" dürfte am ehesten dem Bewußtseinsstand einer gehobenen Mittelschicht entsprechen, die Ausbeutung nicht unmittelbar erfährt, für die Disparitätskonflikte sich deshalb als skandalöse Ausnahmerecheinungen darstellen können. So erwies sich das Bedürfnis, die eigene Wohngegend zu erhalten, z.B. im Frankfurter Westend, einem Wohnbezirk der Mittelschicht, als durchaus konflikt- und organisationsfähig. Die Bürgerinitiativ-Gruppe des Gebietes hatte ihr "Vertrauensverhältnis zur Stadt in Gefahr" gesehen, wenn es wirklich "der Stadt nicht möglich sei, sich gegen den im Westend aus-tobenden Kapitalismus zur Wehr zu setzen" und wenn sich die Behörde weiterhin als unfähig erwiesen, an die praktischen Nöte der Westender zu denken. Im Unterschied dazu ließ sich bei den im Sanierungsgebiet Kreuzberg wohnenden, zu-

meist wenig qualifizierten Arbeitern und ihren Familien kein Vertrauen auf die Stadt mobilisieren, dessen Enttäuschung Ansatzpunkt zur Politisierung und Selbstorganisation hätte bieten können.

Was wir über die realen Chancen der Durchsetzbarkeit von Forderungen lokaler Gruppen in disparitären Bereichen gesagt haben, gilt aber auch für das Westend: Trotz aller Beachtung, die den Westendern von Seiten kommunaler und parteipolitischer Institutionen widerfuhr –sogar der Bebauungsplan wurde geändert– haben sie praktisch keinerlei Durchsetzung ihrer Interessen erreicht. Der Marktmechanismus und auf Bundesebene erlassenen Wohnbaufinanzierungsbestimmungen besorgen unerschütterlich die Verdrängung der jetzigen Bewohner. Eine politische Antwort auf die relative Verschlechterung der Wohnbedingungen der Lohnabhängigen, die natürlich auch bewirkt wird durch die Umstrukturierung der Agglomerationsräume nach den Erfordernissen der konzentrierten Kapitale, kann nicht bestehen in isolierten Kämpfen gegen die Erscheinungsformen dieser Kapitalstrategien, wie dies in den behandelten Beispielen von Stadtteilarbeit betrieben wurde. Wie die Geschichte der Wohnungsgesetzgebung der Bourgeoisie und ihrer Sozialgesetzgebung überhaupt zeigt, kann der Kampf gegen die Verschlechterung der Wohnbedingungen Erfolge überhaupt nur aufweisen, wenn er geführt wird im Zusammenhang des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.

## ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Joachim Bergmann, Gerhard Brandt, Klaus Körber, Ernst Theodor Mohl, Claus Offe: "Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung", Referat auf dem 16. Deutschen Soziologentag, Frankfurt 1968, Manuskriptdruck sowie in: SPÄTKAPITALISMUS ODER INDUSTRIEGESELLSCHAFT? Stuttgart 1969, S. 67 ff. Vgl. auch Claus Offe: "Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: POLITIKWISSEN – SCHAFT. Eine Einführung in ihre Probleme. Hg. von Gisela Kress und Dieter Senghaas. Frankfurt/Main 1969, S. 155 ff. Diese Arbeiten bzw. Vorarbeiten dazu sind ausserdem in zahlreichen Privatdrucken verbreitet.

Vorsichtige Rücknahme früherer Positionen in: Claus Offe: "Notizen zum Thema -Planung im Beruf-". In: Stadtbauwelt 61. 1970. H. 28, S. 277 - 279. Es geht hier um die Korrektur einer falschen Konzeption von Stadtteilarbeit, die von Offe theoretisch ausformuliert wurde, nicht um eine Auseinandersetzung mit Offe als Person. Aus diesem Grunde beschäftigen wir uns hier nicht mit dem zuletzt genannten Aufsatz.



- 2 z.B. Interview mit Karsten Voigt, Juso-Vorsitzender, mit der Frankfurter Rundschau 23. 9. 1970  
Wichtig wäre in diesem Zusammenhang eine Untersuchung der Stadtteilarbeit von DKP-Gruppen (z.B. im Münchener Lehel), der objektiv - allem Anschein nach wenigstens - die gleichen Tendenzen zugrunde liegen, was insbesondere in einem ungeklärten Verhältnis von Stadtteilarbeit und Betriebsarbeit zum Ausdruck kommt.
- 3 Offe, a.a.O., S. 180 f.
- 4 Ebda., S. 183
- 5 Ebda., S. 185
- 6 Ebda., S. 175
- 7 Bergmann u.a., a.a.O., S. 87
- 8 Claus Offe: "Sachzwang und Entscheidungsspielraum", in: STADTBAUWELT, Nr. 38/39, Berlin 1969, S. 187 ff.
- 9 Ebda., S. 190
- 10 Ebda., S. 191
- 11 Ebda., S. 189
- 12 Ebda.
- 13 Ebda., S. 191
- 14 Paul Davidoff: "Advocacy and pluralism in planings", in: JOURNAL OF THE AMERICAN INSTITUTE OF PLANERS, Nov. 1965, S. 331 ff.
- 15 Claus Offe: "Sachzwang und Entscheidungsspielraum", a.a.O., S. 191
- 16 Ebda., (Sperrung H.F.)
- 17 Vgl. im folgenden Danny Beagle, Al Haber, David Wellman: "Turf power and the man. Urban renewal, regionalization and the limits of community control", in: LEVIATHAN, Nr. 2, April 1969. Deutsch in: SANIERUNG - FÜR WEN ? a.a.O., S. 123 ff.
- 18 Ebda., S. 131. Wir erkennen hinter dieser scheinbar rein verwaltungstechnischen "Modernisierung" eine interessante Entwicklung. Während in der Zeit der offenen politischen Herrschaft der Bourgeoisie das Wahlrecht nach Vermögen gestaffelt war (Zensus-Wahlrecht), wurde angesichts des drohenden Anwachsens der Arbeiterbewegung das allgemeine Wahlrecht zugestanden, welches eine Basis der politischen Integration der Arbeiter als "Staatsbürger" in die "demokratische Gesellschaft" war. Heute scheint der Nebelschleier der "Sachgesetzlichkeit", der "Effizienz" u.s.w. für die großkapitalistische Bourgeoisie die parlamentarische Bemäntelung ihrer Klassenherrschaft überflüssig zu machen, zumindest auf den unteren und mittleren Ebenen der politischen Entscheidungen. Wenn sich Claus Offe schon die Mühe macht, die für die Erhaltung spätkapitalistischer Herrschaftssysteme problematischen Folgen des "Austrocknens" der Institutionen der Öffentlichkeit nachzuweisen, so hätte er auch einmal danach fragen sollen, in wessen Interesse diese Institutionen trockengelegt werden.

- 19 Die direkte Abhängigkeit der Linienführung der verschiedenen Verkehrssysteme von den Bedürfnissen der stärksten Kapitale läßt sich z.B. auch an der Entstehung der S-Bahn und dem Ausbau der Wasserstraßen in Großberlin nachweisen. Vgl. Horant Fassbinder, u.a.: BERLINER ARBEITERVERTEIL I. Von der ursprünglichen Akkumulation zum Monopolkapitalismus, Berlin 2. Auflage 1971
- 20 Nach einem Bericht des NATIONAL GUARDIAN v. 27.5.67 betrug die Arbeitslosigkeit unter der Ghettobevölkerung von 13 US-amerikanischen Großstädten durchschnittlich 10 %. Die Rate von "Unterbeschäftigung" (Arbeitslose, "Arbeitsunwillige", Unterbezahlte, deren Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze von 3300 Dollar jährlich für eine vierköpfige Familie liegt) betrug durchschnittlich 33,9 %; in San Francisco (Mission-Fillmore) betrug die Arbeitslosenquote 11,1 %, die der Unterbezahlten 24,6 %. Aus: NOW. DER SCHWARZE AUFSTAND, hg. v. V.U. Brandes, München 1968, S. 105
- 21 Beagle u.a., a.a.O., S. 135
- 22 Ebda.
- 23 Ebda., S. 124
- 24 Ebda., S. 136 f.
- 25 Ebda., S. 137
- 26 Ebda., S. 138
- 27 Ebda.
- 28 Vgl. dazu die Lokalteile der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG u.d. Frankf. Runds.
- 29 Zu geringer Warenumsatz pro Quadratmeter oder pro Beschäftigten wird in den Sanierungsberichten des Berliner Senats häufig als Kriterium der Sanierungswürdigkeit angeführt.
- 30 Der Abend v. 3. 12. 70 berichtet darüber: "Für über 73 Mio. Mark soll nördlich des Kottbusser Tores das "Neue Kreuzberger Zentrum" entstehen. Für diese Randbebauung, die im Sanierungsgebiet des Bezirks liegt, wurden zuvor strukturelle und soziologische Erhebungen angestellt. Das Ergebnis ist ein städtebaulich reizvolles "Mischprojekt", das bis 1974 verwirklicht sein soll ... Angrenzend an die Skalitzer/Gitschiner Straße sollen -z. T. in Hochhäusern- 300 familiengerechte Wohnungen, ferner 15 000 qm Gewerbefläche als "Beletage der Kreuzberger Industrie geschaffen werden. Neben zahlreichen Geschäften und möglicherweise auch zwei Kaufhäusern wird es auch eine Reihe von Sozialeinrichtungen geben. Mittelpunkt mit Forumcharakter bildet ein Lesehof im Anschluß an die schon bestehenden Stadt. Bücherei, der auch als Freilichttheater genutzt werden kann. Dem Hochhaus Kern wird ein gärtnerisch gestalteter "grüner Ring" umziehen. Für 700 Autos ist in Parkhäusern Platz. Für das geplante Wohn- und Geschäftsviertel mußten 29 Grundstücke erworben werden. Seine besondere Note erhält der Komplex durch einen Brückenbau, der die Adalbertstraße überspannt.

Durch die später hier entlangführende Stadtautobahn-Tangente besteht ein minutenschneller Anschluß an die City".

Auf die Schwierigkeiten, die alten Eigentümer zum Verkauf zu bewegen, ohne daß diese bereits jetzt große Teile der antizipierten Grundrente in kapitalisierter Form einstreichen, kann hier nur hingewiesen werden. Seit ca. 1963 bereits ziehen sich die Versuche des großen Industrie- und Handelskapitals hin, dies Hindernis schneller und vor allem billiger Sanierung zu beseitigen durch ein Städtebauförderungsgesetz.

- 31 Stadterneuerung in Berlin. Erster Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin. Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin. Nr. 556, 12. 6.1964 S. 3.
- 32 Der Begriff "Infrastruktur" wird hier nicht im beschränkt technischen, sondern im polit-ökonomischen Sinne gebraucht: Als die Gesamtheit jener staatlichen Vorleistungen für die private Akkumulation, deren Planung, Finanzierung und Nutzung die Bourgeoisie als gemeinschaftliches Geschäft betreibt aus jenem Teil des Mehrwerts, der in der Form von Steuern an ihren staatlichen Apparat fällt. Dafür, ob etwas der Infrastruktur zugerechnet wird oder nicht gibt es nicht die eindeutigen technischen Kriterien, nach denen bürgerliche Nationalökonomien vergeblich suchen. Das Interesse der mächtigsten Fraktionen der Bourgeoisie - oft genug erst erzwungen durch den Kampf der Arbeiterklasse - ist das einzige Kriterium dafür, ob eine Investition gemeinschaftlich durchgeführt wird oder individuell. Natürlich geht weder die Aufbringung dieses Teils des Mehrwerts noch seine Verwendung ab ohne "höchst erbaulichen Streit" zwischen den verschiedensten Fraktionen der Bourgeoisie.

Für Berlin werden die Ursachen für die Veränderung der Infrastruktur für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg untersucht in: Horant Fassbinder u.a.: BERLINER ARBEITERVIERTEL I. Von der ursprünglichen Akkumulation zum Monopolkapitalismus, Berlin 1971

- 33 Siehe dazu: Horant Fassbinder: Die Stellung der Industrie- und Handelskammer Berlin zur Berliner Stadtsanierung anhand ihrer Jahresberichte 1960 - 1959. Unveröffentl. Manuskript, 1970
- 34 Die individuelle Erfahrung der eigenen Ohnmacht "denen da oben" gegenüber äusserte sich in den Untersuchungsgesprächen häufig in Sätzen wie: "Die da oben machen ja doch, was sie wollen" oder "Die geben uns was, die nehmen uns was". Diese Erfahrung schlägt auf die Bereitschaft zur Organisation und auf die Einschätzung der potentiellen Organisation von anderen zurück. Doch wurde die Notwendigkeit der Organisation häufig ausgesprochen, wenn auch meist in der Form eines individuell für utopisch gehaltenen Wunsches.

- 35 Claus Offe: "Sachzwang und Entscheidungsspielraum" , a.a.O. S. 191
- 36 Derselbe Bauleitplaner erklärte in einem informellen Gruppengespräch, ein "Zirkulieren von Unterprivilegierten mit nachfolgenden Slumerscheinungen", wie es sich in amerikanischen und westeuropäischen Großstädten als Folge der Flächensanierung gezeigt habe, werde sich auch in Westberlin nicht vermeiden lassen.

# MATERIALIEN ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DES AUSBILDUNGSSEKTORS

DM 11,50

Herausgegeben von  
Elmar Altvater und Freerk Huiskens



Erlangen 1971

## Bestellung von Einzelexemplaren

ist möglich über die Buchläden des Verbandes des linken Buchhandels oder direkt beim Verlag POLITLADEN GmbH, Erlangen.